

5. Mai Tag der Inklusion: Das Recht auf Arbeit

Die Lebenshilfe fordert Gehalt statt Taschengeld und EINEN inklusiven, durchlässigen Arbeitsmarkt

(Wien, 4.5.2021)

Am Tag der Inklusion (5.5.) werden Vertreter*innen der Lebenshilfen und des Österreichischen Behindertenrats Bundeskanzler Sebastian Kurz ihre Forderungen nach einem inklusiven, durchlässigen Arbeitsmarkt und fairer Entlohnung übergeben.

„Vom Gesetz her bist du immer ein Kind, aber wir sind erwachsene Menschen“, sagt Nicole Braunstein, Selbstvertreterin der Lebenshilfe Österreich. „Wir wollen uns eine Zukunft aufbauen.“

Dies ist unter den aktuellen Bedingungen kaum möglich. Wie Nicole Braunstein arbeiten derzeit viele [Menschen mit Behinderungen in Werkstätten](#), erhalten am Ende des Monats Taschengeld und kein eigenes Gehalt. Das soll sich ändern: Dieses [Video](#) zeigt, wie durch das „2-Säulen-Modell“ der Lebenshilfe Menschen mit Behinderungen zukünftig Geld für ihre Arbeit und ihre notwendige Unterstützung bekommen sollen.

Ganz essenziell dabei ist die Sozialversicherung an die Erwerbsarbeit zu knüpfen. Die Beschäftigung in Werkstätten soll kollektivvertraglich entlohnt werden, nur so kann Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit hergestellt werden. Es bedarf der Umstellung von einem dreiteiligen auf **einen** inklusiven Arbeitsmarkt.

Auch Menschen mit hohem und komplexem Unterstützungsbedarf sollen einen Lohn bekommen und sich nach ihren Fähigkeiten als schaffender Teil der Gesellschaft einbringen. Dafür sind neue gesetzliche Rahmenbedingungen notwendig.

„Wenn man an einem Rad dreht, drehen sich viele andere. Wir müssen gemeinsam langfristig denken. Es genügt nicht, Menschen mit Behinderung eine eigene Sozialversicherung zuzuerkennen oder nur ein Gehalt in Werkstätten zu bezahlen. Damit lösen wir nicht das Problem. Es braucht eine ermächtigende Reform der Behindertenhilfe“, so Dr. jur. Carina Pimpel, interimistische Generalsekretärin der Lebenshilfe Österreich.

Am 5. Mai werden um 14h im Bundeskanzleramt über 7.000 Petitionskarten und konkrete Forderungen an Bundeskanzler Sebastian Kurz übergeben. Ein wichtiger Schritt zu einem inklusiven und durchlässigen Arbeitsmarkt.

Neben den Selbstvertreter*innen Nicole Braunstein und Hanna Kamrat (Vizepräsidentin Lebenshilfe Österreich & Vorsitzende des Selbstvertretungs-Beirats), werden Univ. Prof. Dr. Germain Weber (Präsident Lebenshilfe Österreich) und Dr. jur. Carina Pimpel (interim. Generalsekretärin Lebenshilfe Österreich) anwesend sein.

Gerne können nach dem Termin Interviews geführt werden.

Alle Medienvertreter*innen sind dazu sehr herzlich eingeladen.
Wir bitten um Anmeldung unter: tatschl@lebenshilfe.at.

Kontakt:

Lebenshilfe Österreich

Dr.ⁱⁿ Carina Pimpel

Interimistische Generalsekretärin

Favoritenstraße 111 / 10, 1100 Wien

Tel.: +43 (0)1 812 26 42

Fax: +43 (0)1 812 26 42-85

E-Mail: office@lebenshilfe.at

www.lebenshilfe.at

